Morgen-Ausgabe B.

Bezugs-Preis
für Leipzig und Vororte: [illegible] bei der Haupt-Expedition oder deren Ausgabestellen abgeholt monatlich: Ausgabe A [illegible] mal täglich) 70 Pf., Ausgabe B (3 mal [illegible]täglich) 50 Pf., bei Zustellung ins Haus Ausgabe A 80 Pf., Ausgabe B 1 Mark. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen (3 mal täglich) innerhalb Deutschlands monatlich 1 Mark, für Oesterreich-Ungarn 5 K 45 h vierteljährlich, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet an allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern 10 Pf.

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, 222, Nr. 1778.
Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1.
Telephon I, Nr. 9275.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Die 6gespaltene Petitzeile für Geschäftsinserate aus Leipzig und Umgebung 25 Pf., Familien-, Vereins- u. Kleine Anzeigen, sowie Ver- und Verkäufe 20 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf.,
für Inserate von auswärts 30 Pf.
Reklamen 75 Pf., auswärts 1 Mark. Beilagegebühr 4 Mark p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif.
Für Inserate vom Auslande besonderer Tarif.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Telephon VI, Nr. 4603).
Filial-Expedition: Dresden, Marienstr. 34.

Nr. 1. Dienstag 1. Januar 1907. 101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* **Im Anzeigenteil dieser Nummer veröffentlicht der Vorstand des Nationalliberalen Vereins für Leipzig und Umgebung den Wahlaufruf für die Reichstagskandidatur des Herrn Justizrats Junck.**

Prinz Eduard von Anhalt, der Bruder des Herzogs, ist seit dem 20. Dezember an einer akuten Darmentzündung unter Vergiftungserscheinungen erkrankt. Seit den letzten Tagen ist in dem Befinden des Patienten eine langsame Besserung zu konstatieren.

* Großadmiral v. Köster ist in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt worden. Er ist in Anerkennung seiner langjährigen Dienste auch ferner in der Marinerangliste zu führen.

* Im Wahlkreis Rotenburg-Hoyerswerda (Oberlausitz) wurde an Stelle des erkrankten Grafen Arnim-Muskau der nationalliberale Führer Ernst Bassermann, der auch in Essen kandidiert, als Kandidat der Nationalliberalen und Konservativen aufgestellt. Er nahm die Kandidatur an.

* Die bulgarische Regierung hat den Ankauf der Orientbahn beschlossen.

* Ein bevorstehender Besuch des Königs von Siam in Berlin wird angekündigt. (S. Ausl.)

* Der französische Marineminister hat beschlossen, die vier im Bau befindlichen Panzerschiffe mit Turbinen zu versehen.

An der Jahreswende.

Das Jahr 1906 ist dem deutschen Volke ein politisches Schicksalsjahr geworden. Aber erst nach den Reichstagswahlen werden wir mit einiger Sicherheit sehen können, wie das Geschick sich entscheiden wird. Vorläufig wissen wir nur, daß der uralte Kampf zwischen Licht und Finsternis wieder einmal entbrannt ist, und daß endlich einmal wieder der Staat, wenn auch noch zaghaft, seinen Platz im Kampf auf der Seite des Lichtes gesucht hat. Ein Erfolg ist übrigens doch schon sicher. Das deutsche Bürgertum, die politisch indifferentesten aller Volksschichten, ist gründlich aufgerüttelt worden. Es fängt an, zu begreifen, daß nur politische Geltung für die Dauer ein gesundes Erwerbsleben verbürgt, und daß Politik nicht bloß Nabulisten und Ehrgeizige zu beschäftigen braucht, daß sie zu schwer ist, um in Stunden der Muße gelegentlich erledigt zu werden, daß ernsthafte politische Betätigung, wiewohl staatsbürgerliche und ideale Pflicht als auch primäre ökonomische Vorbedingung ist. Jahrzehntelang und aller Statistik, unter der Protektion einer weltfremden Regierungsmaxime, ist das Bürgertum der Politik besonders durch die parteilose oder ganz unpolitische Presse entfremdet worden. Seine oberen Schichten nützten die Jahre ihrer Hochkonjunktur und ließen sich genügen am wachsenden Wohlstand, seine mittleren und unteren suchten ihre Nöte der Zeit höchstens auf berufsorganisatorischem, gewerkschaftlichem Gebiet zu bekämpfen und verloren dabei vielfach Lust und Verständnis, sich mit rein politischen, mit „unfruchtbaren" Dingen zu befassen. Das hat sich in kurzer Zeit gewandelt und hoffentlich auf die Dauer. Das Interesse an der Politik ist heute jedenfalls ganz ungemein rege. Es wach zu halten und nach Möglichkeit zu vertiefen, lassen wir als wesentlichste Aufgabe der nationalen politischen Publizistik gut.

Zum Verständnis der heutigen Situation ist ein Rückblick auf das verflossene Kalenderjahr nützlich. Aus vielen Geschehnissen und manchen Erscheinungen sind die tieferen Gründe für die jetzt akuten Konflikte zu erkennen. Nicht in dem Sinne einer „historisch-ökonomischen" Geschichtsauffassung, die bei allem Geschehen nur den Zwang der wirtschaftlichen Verhältnisse erkennen will und die gewaltige Macht der Individualität ausschaltet. Aber so, daß wir Verständnis gewinnen für Motive und Ziele. Wie war die innerpolitische Lage im Deutschen Reiche um die vorige Jahreswende? Es war eine Zeit größter Ungemütlichkeit. Die Spannung in unserem Verhältnis zu den alliierten Weltmächten hatte auch das innere Getriebe stark beeinflußt. Der Kaiser hatte den Generälen erzählt, „wie es um uns steht in der Welt", und der offiziöse Telegraph hatte die Verdrießlichkeit. Die Marokko-Konferenz war zwar gegangen, ihr Ausgang für Deutschland aber sehr ungewiß. Der Minister des Auswärtigen hatte sich bereits mit allem und jedem in Frankreich eingesetzt, und die Gruppierung der Mächte war uns von Anfang an nicht günstig. Der Reichstag zeigte wieder die düstere Stimmung im Parlament. Aber die Tatsachen sprachen noch lauter und [illegible] Gerüchte deutscher Provenienz, wollten bereits Rabinettsschwierigkeiten in Kiel und Wilhelmshaven. Die Unbeweglichkeit der Lage wurde verschärft durch [illegible] Verhältnisse im Innern. Fleischteuerung, [illegible] in Preußen und Reichstag [illegible] die Diskussion. Und die gewaltigen [illegible] für die Unterdrückung des Hottentotten-Aufstandes [illegible] noch mehr als jetzt auf die Stimmung. [illegible] Aufstandes, den Morenga noch mit ungeheurer Energie auf der Höhe hielt, war nicht abzusehen. [illegible] hatten wir Schwierigkeiten. Im [illegible] hatte sich die Lage wenig. Deutschland nahm herzlichen Anteil an den Festen im Kaiserhause, dessen Familienleben in Zeiten der Mißverständnisse sich als Krüpfer unzerreißbarer Gefühlsbande zwischen der Nation und ihrem Oberhaupte bewährt hat. Und die Protestaktion der Sozialdemokratie gegen das preußische Landtagswahlrecht ging ohne tiefere Erregung vorüber, wenn es auch an einigen Orten zu blutigen Zusammenstößen kam, an denen Ungeschick, Alkohol und andere Umstände einen größeren Anteil hatten, als Umsturzfanatismus. Den Führern der Genossenschaft war die Sache zu bedenklich geworden. Die Generalstreikidee hatte die Geister revolutioniert, und törichte Köpfe glaubten schon die Gründungsstunde des Zukunftsstaates schlagen zu hören. Da aber bremsten die Führer mit Macht, und es gelang schließlich, die Genossen von dem Gedanken an Straßendemonstrationen abzubringen und sich an den tönenden Versammlungsprotesten genügen zu lassen. Daß im übrigen die Wünsche nach Reform des Landtagswahlrechts in Sachsen wie in Preußen berechtigt sind, daran sei auch bei dieser Gelegenheit erinnert.

Fast gleichzeitig mit dem Abschluß der Marokkokonferenz, der uns wenigstens die Wahrung des Gesichts ermöglicht hatte, trat ein für die innerpolitische Lage folgenschweres Ereignis ein: Fürst Bülow erkrankte am 5. April im Reichstag nach einer Rede über die Marokkopolitik und schied für die nächsten Monate aus dem politischen Getriebe aus. Die Reichsfinanzreform und der Etat mußten ohne die damals noch glättende Hand des Kanzlers erledigt werden, und die Kolonialkritiken zwischen Regierung und Zentrum führten zu der Ablehnung der Farmerentschädigung und des selbständigen Kolonialamts. Mangelhafte Regie duldete ungeschickte Reden naivpolitischer Kommissare, und das Zentrum ließ den stellvertretenden Kolonialdirektor entweichen, was der Regent von Koburg-Gotha in der Jesuitenpolitik gesündigt haben soll. Die Regierungsvogel schleiften [illegible] Erbarmen am Boden, und niemand war da, der sie aufgenommen hätte. Herr v. Tschirschky und Bögendorff, des Reiches Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten als Nachfolger Richthofens und direkter Vorgesetzter des Erbprinzen zu Hohenlohe, beschränkte sich auf die gelegentliche Verteidigung eines kaiserlichen Telegramms. So war das kläglichste Resultat erklärlich. Immerhin hatte der Reichstag andere, nützliche Arbeit getan. Die Finanzämter des Reiches werden doch notdürftig funktionieren. Diese Leistung muß doch anerkannt werden, auch wenn wir uns mit den Mitteln zum Teil nicht einverstanden erklären können. Noch heute halten wir die Verteuerung des Verkehrs durch Fahrkartenstempel und Aufhebung der billigen Ortsportotaxen für einen schweren Fehler. Halten es noch immer für möglich, aus einer verständigen Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf Deszendenten und Ehegatten bei sehr großen Vermögen die Reichskasse der Reichsfinanzkasse zu füllen. Doch müssen notwendigerweise alle diese Erwägungen und Wünsche den dringenderen Erfordernissen unserer Zeit gegenüber in den Hintergrund treten.

Aus den erregten kanzlerlosen parlamentarischen Sitzungen dieser Zeit stammte der Anstoß, der in den Sommermonaten die Affäre Podbielski ins Rollen brachte. Zwar war die Beteiligung des preußischen Landwirtschaftsministers v. Podbielski an den Unternehmungen der Kolonialfirma v. Tippelskirch & Co. schon lange bekannt, auch schon häufig genug gerügt worden. Aber erst die Kunde von pekuniären Beziehungen zwischen dem Kontrolloffizier Fischer aus der Kolonialabteilung und den Inhabern der Firma Tippelskirch, auch zu Herrn v. Podbielski, entfachte den Skandal, der durch die derbsalten Proteste für die Lieferungen nach Südwest und anscheinend unlösbaren Verträge mit der Firma noch gesteigert wurde. Es entspann sich schließlich das journalistische Duell Bülow-Podbielski, aus dem nach heftigen Krisen und nicht unblessiert am letzten Ende, unmittelbar vor dem Zusammentritt des Reichstages, der Kanzler als Sieger hervorging, der endlich wiedergenesene Kanzler, der erst am 17. Oktober aus Homburg v. d. H. nach Berlin zurückkehrte.

Inzwischen war dem kronprinzlichen Paare, am 4. Juli, der erste Sohn geboren worden. Und am 13. September stand das braunschweigische Volk vor einer neuen Entscheidung in der Thronfrage infolge des Ablebens seines Regenten Prinz Albrecht von Preußen. Seine unbedeutende Korrektheit der Geschäftsführung hatte die Herzen der Bevölkerung nicht zu gewinnen vermocht. Seine Söhne waren dem braunschweigischen Lande entfremdet. Braunschweig hatte an dem ewigen Provisorium keine Freude und verlangte nach einer endgültigen Regelung der Thronfrage. Der Landtag besonders erwies sich als energisch treibender Faktor in der Angelegenheit, ließ sich auch durch die preußische Kühle nicht von seinem Ziele abschrecken und stellte schließlich dem Herzog von Cumberland das bekannte Ultimatum, das der Herzog, in Verkennung der Verhältnisse und Möglichkeiten, zu umgehen trachtete. Sein Verhalten wird die Erledigung der Streitfrage vielleicht verzögern, aber hoffentlich nicht wiederum vereiteln, denn das Wohl des Staates muß oberstes Gesetz bleiben.

Am 3. September vollzog sich das folgenschwerste Ereignis des ganzen Jahres. Der scheidende Direktor der Kolonialabteilung Erbprinz zu Hohenlohe-Langenburg trat zurück, und der Direktor der Darmstädter Bank, Bernhard Dernburg, an seine Stelle. Zunächst hatte der Personalwechsel nur den Charakter eines interessanten politischen Experiments. Einem alt und dringlich geäußerten Wunsche des Bürgertums war entsprochen worden. Der reine Affektivismus hatte abgewirtschaftet. Ein weiterwehende politische Fahne [illegible] Mitte November [illegible] Interesse noch weit mehr [illegible] Kolonialkrieges. Am 14. November band die Interpellation Bassermann [illegible] Beziehungen zum Auslande zur Debatte. [illegible] Führer der Nationalliberalen die Pflicht vor, die alle national gesinnten Politiker, von den Konservativen bis zu den Freisinnigen, mit Befriedigung erfüllen. [illegible] Dernburg [illegible] Aufgabe, sich die Lage, die sich auf ernste Schwierigkeiten wegen ihrer Geschäftsführung in auswärtigen Angelegenheiten gefaßt machen. Trotzdem war die lange und formell, wie immer, sehr gewandte Rede des Kanzlers auf den alten Ton der Beschwichtigung gestimmt, ohne die Berechtigung der wichtigsten Klage auch nur andeutungsweise zuzugestehen. Man sah gerade deswegen heftigen Auseinandersetzungen bei den Etatsberatungen entgegen. Dann brachte das Eingreifen der neuen Kolonialexzellenz Dernburg in die Parlamentsverhandlungen den großen Umschwung in der Reichspolitik hervor, der zur Auflösung des Reichstags führte. Das Dernburgsche Debut war noch recht harmlos verlaufen. Dernburg konnte die gelösten Verträge mit Tippelskirch, der Woermann-Linie, der Apotheke am Berliner Oranienplatz auf den Tisch des Hauses niederlegen und hatte dadurch einen ersten großen Erfolg erzielt, den auch die anfechtbaren kolonialen Rentabilitätsberechnungen nicht erheblich zu beeinträchtigen vermochten. Erst sein heftiger Zusammenstoß mit dem Zentrumsführer Roeren, seine Enthüllungen über die ultramontane Nebenregierung erweckte Konfliktsahnungen. Die Situation lag damals so: die Regierung hatte in der Ostmark infolge des polnischen Schulkinderstreiks die allergrößten Schwierigkeiten, die der Erzbischof von Gnesen-Posen, Herr Florian v. Stablewski, durch einen Erlaß an seine Diözesane noch vergrößert hatte. Und das Zentrum, die einflußreichste Partei im Reiche wie in Preußen, stellte sich auf die Seite der Polen. Diese nationale Unzuverlässigkeit mag einer der stärksten inneren Antriebe mit gewesen sein, die schließlich zum Bruch mit dem Zentrum führten. Der Tod des Erzbischofs am 24. November schaffte der Regierung zwar momentan etwas Luft durch den Trumpf, den sie bei der Besetzung des erzbischöflichen Stuhles in der Hand hat. Aber das Unnatürliche des Verhältnisses zwischen Regierung und Zentrum wurde dadurch nicht aus der Welt geschafft. Es kam hinzu, daß tatsächlich der Druck der Nebenregierung unerträglich geworden war, und daß die Regierung zu der Erkenntnis gezwungen wurde, eine Fortführung der Geschäfte unter dieser Geißel sei ebenso unwürdig wie ruinös, ohne eine zuverlässige Haltung des Zentrums auch nur in den wichtigsten nationalen Fragen zu verbürgen. An eine groß angelegte Aktion der Regierung gegen die Zentrumsherrschaft zu glauben, fällt trotzdem recht schwer. Uns scheint es immer noch das Wahrscheinlichere, daß hier Temperamente, Zufälligkeiten, persönliche Rancünen Schicksal gespielt haben, wobei natürlich sehr ernsthafte politische Erwägungen oben flizzierter Natur den schließlichen Ausschlag gegeben haben werden. Item: es kam zum Bruch. In der Budgetkommission wurde ein kolonialer Nachtragsetat abgelehnt und fand auch in der zweiten Lesung des Plenums keine Mehrheit. Der Reichstag wurde aufgelöst. Es handelte sich materiell um Bagatellen. Das Zentrum wollte von den 29 Millionen des Nachtragsetats nur 20 bewilligen und verlangte die Reduzierung, später die Vorbereitung der Reduzierung der Truppen in Südwestafrika auf 2500 Mann. Es spielte Hofkriegsrat, was auch die Freisinnigen als Nonsens hinstellten. Wie weit Trotz und Rachsucht wegen der Roerenblamage dabei mitgewirkt haben, wie weit andere Motive, Rücksicht auf Wählerstimmungen vielleicht, ist schwer zu sagen. Wahrscheinlich ist sogar, daß das Zentrum darauf rechnete, überstimmt zu werden, und daß es sich dabei verfalkulierte. Schon vor der Abstimmung hatte sich der Kanzler auf die Auflösung festgelegt: „Wenn Sie die Krise wollen, so haben Sie sie noch heute." Die Auflösung erfolgte mit einer rein nationalen Regierungsparole: Für die deutschen Waffenehre, am 13. Dezember.

Es hat sich inzwischen gezeigt, wie recht wir hatten, als wir diese Parole für ungenügend erklärten. In Südwestafrika ist eine weitere Pazifizierung eingetreten, die von den Antinationalen als Regierungsblamage gedeutet wird. Die Tatsache der Perfidie dieser Deutung schützt nicht vor der Wirkung der Interpretation. Vielmehr muß jetzt unter allen Umständen auf die inneren Gründe der Krise zurückgegriffen, der Kampf gegen den Ultramontanismus auf der ganzen Linie erklärt werden. Das erfordert naturgemäß eine völlige Neuorientierung der Regierungspolitik, eine Liberalisierung der Regierung, wobei wir ausdrücklich auf ein liberales Parteiministerium verzichten. Im Hintergrunde steht bei allen diesen Vorgängen die große Frage des 20. Jahrhunderts, die Gestaltung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat. Die Ereignisse treiben auf die reinliche Scheidung zu, die unserem im Glauben zerrissenen Vaterlande den religiösen Frieden, unserem Staat Ellbogenfreiheit, unserem öffentlichen Leben die Befreiung von grenzlicher Heuchelei bringen soll. Was vielen zuerst ein Schreckgespenst schien, verdeutlicht sich immer greifbarer als Erlösung, die beiden großen Mächten, Staat und Kirche, neue Lebensmöglichkeit in Frieden und innerer Wahrhaftigkeit bietet.

Ein Mittel zur Erreichung dieses großen Zieles, die Einigung der deutschen liberalen Parteien, ist noch im Entstehen begriffen. Die Freisinnigen haben ihr nationales Herz entdeckt, die Nationalliberalen haben sich in vielen Fragen nach links entwickelt. Besonders bei uns in Sachsen ist diese Tendenz ganz unverkennbar. Und wie weit die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der liberalen Einigung gedrungen ist, hat das, ehrlich gesagt, uns selbst verblüffende Ergebnis unseres Aufrufes gezeigt, mit dem sich viele Tausende von Männern Leipzigs durch Unterschrift einverstanden erklärt haben. Eine neue Zeit ist im Werden, eine Zeit, die andere Voraussetzungen, andere Mittel braucht. Dem deutschen Volke liegt es ob, der neuen Zeit die Richtung zu weisen. Diese Verantwortung kann es nicht von sich wälzen, denn die Reichstagswahlen geben ihm die Macht in die Hand, seinen Willen zur Geltung zu bringen. Möge das deutsche Volk von seinem [illegible] Volksrechte am 25. Januar den rechten Gebrauch machen, zum Heile unseres teuren deutschen Vaterlandes! Das sei unser Neujahrswunsch.

Rechtsverhältnisse in den deutschen Kolonien.

Der Kolonialskandal, den Herr Roeren angerichtet hat, sollte in sehr deutlicher Weise klargestellt haben, daß auch für unsere Kolonien dasjenige zutrifft, worüber hervorragende Juristen und Nichtjuristen schon sattsam geklagt haben: daß es unserer Zeit an rechtsbildender Kraft fehlt. Wäre in unseren Kolonien auch nur das Rechtsverhältnis zwischen den Eingeborenen und den Europäern sachgemäß geregelt, so hätte Herr Roeren nicht versuchen dürfen, seine lächerlichen Anschuldigungen gegen Beamte vorzubringen, die allerhöchstens der Vorwurf treffen könnte, daß sie sich eben auf den Rechtsstandpunkt der Eingeborenen stellten. Die Sache ist doch, da sie sich stündlich wiederholen kann, von solcher Bedeutung, daß man ihr und Herrn Roeren ins Gesicht leuchten muß.

Es handelt sich vor allem um ein angebliches Sittlichkeitsvergehen eines deutschen Beamten gegen ein eingeborenes Mädchen.

Herr Roeren weiß ganz genau, daß bei vielen afrikanischen Stämmen die Todesstrafe steht auf Vergehen gegen unreife Mädchen. Dann sollte er aber auch wissen, daß die Reife und die öffentliche Reiseerklärung bei afrikanischen Mädchen im dortigen Klima um zwei bis selbst vier Jahre früher eintritt, als bei Nordeuropäerinnen. Dem Volke gegenüber kommt in Afrika am allerwenigsten das Jahr „14" in Betracht, aus dem einfachen Grunde, weil das von europäischer Kultur noch nicht beleckte Volk gar nicht nach Jahren zählt. Die Begriffe phe (Jahr), phototro (Jahreswende) sind erst durch die Missionen ausgebildet; bedeutet doch auch pho eigentlich „Ort", und dann erst künstlich einen Ort in der Zeit.

Südliche Völker sind anders geartet als nördliche. In Spanien und Italien sind Ehen von Vierzehnjährigen oft zu finden; in Costarica fand ich eine dreiundvierzigjährige Frau mit 17 Kindern: sie hatte mit dreizehn Jahren eine legale Ehe geschlossen. Nach afrikanischem Recht nun steht das Mädchen, das zur Reife gelangt ist, zur Ehe bereit, und dies wird durch ein Freudenfest kundgegeben. Die Kandidatin sitzt in einer zeltartigen Hülle unter dem Volk, Musik und Tanz ringsum. Dann fällt die Hülle — Jubel des Volkes, besonders der Mädchen und jungen Burschen, und Jubel der neugebackenen Jungfrau, die oft an demselben Tage schon zur Ehe geholt wird. Häufig wartet sie aber noch ein oder zwei Jahre. Nun tritt die Reife bei manchen Mädchen schon mit dem elften Jahre dort ein, bei andern mit dem zwölften, seltener erst mit dem vierzehnten Jahre. Die Zahl 14 ist also völlig bedeutungslos.

Für den Skandalfall Roerens ist — als Jurist sollte der Herr doch die Bedeutung dieses Begriffes kennen — die Fragestellung falsch gewesen; nach afrikanischem Recht kommt gar nicht die Ziffer 14 in Betracht, sondern die Tatsache, ob die Reiseerklärung stattgefunden hatte oder nicht. Ist das nun Unwissenheit des Herrn Roeren oder tendenziöses Verschweigen?

Nun hat man ja aber das deutsche Reichsstrafgesetzbuch in unseren Kolonien eingeführt, in echt bureaukratischer Gedankenlosigkeit. Wollte man den § 176, 3 gegen die Eingeborenen von Togo anwenden, so könnte man unzählige Tausende von schwarzen Männern ins Zuchthaus stecken, die ihre Eheschließung mit Mädchen von 13 Jahren, oft aber auch mit noch jüngeren vollziehen. In der Rezeption des römischen Rechtes in Bausch und Bogen krankten wir Deutschen einige Jahrhunderte, und doch begehen wir einen noch größeren Fehler dadurch, daß wir so weit abstehenden südlichen Völkern unsern gesamten Rechtsapparat bringen wollen. Die schweren Zusammenstöße mit den Eingeborenen werden nicht ausbleiben, gerade auf rechtlichem Gebiete.

Eine andere Frage ist für den Roerenschen Fall, ob jener kaiserliche Beamte klug gehandelt hatte, wenn er dasselbe tat, was so ziemlich alle Europäer draußen tun, d. h. sich mit einem schwarzen Mädchen ehelich zu verbinden, nämlich ehelich nach Landesbrauch (siehe die Abhandlung Dr. Henrici über „Das Volksrecht der Eweneger und sein Verhältnis zur deutschen Kolonisation im Togogebiete", im 11. Bande der Zeitschr. f. vgl. Rechtswissenschaft). Die Frage der Klugheit ist aber rein örtlicher Natur, soweit es das Verhältnis zu den Eingeborenen betrifft. Den ortsangesessenen Patres und Herrn Roeren gegenüber wäre es zu allerdings klüger, wenn die Beamten in den Kolonien auch im Zölibat lebten. Fast ist es zu verwundern, daß diese Forderung nicht schon generell an das Kolonialamt gestellt wurde. Wer sich aber auf den einfachen Rechtsstandpunkt der Eingeborenen stellt, für den ist die ganze Sache gar nicht vom Standpunkte der Moral zu beurteilen, sondern sie zeigt nur den schweren Rechtskonflikt, in den Europäer wie Eingeborene bei völlig unfertigen Rechtsverhältnissen kommen. Auch das Vorgehen des Roerenschen Knüppels hat etwas ungemein Lächerliches für jeden Kenner der Rechtsverhältnisse der Eingeborenen, bei denen selbst die Prügelstrafe herrscht, in Ermangelung von Gefängnissen. Im übrigen gibt es fromme Katholiken in Deutschland, und vielleicht sogar unter den Abgeordneten, die auch für Deutschland die Prügelstrafe in gewissen Fällen für angezeigt halten. Vielleicht wäre sie bei uns zum mindesten auch heilsam für sensationssüchtige Kolonialskandalmacher. Doch — Scherz beiseite. Bedauerlich ist, daß weder am Regierungstische noch unter den Reichsboten auch nur einer war, der Herrn Roeren zurechtwies über das, was afrikanisches Recht ist. Der § 176, 3 steht im Widerspruch mit den natürlichen Verhältnissen und mit den Rechtsgewohnheiten der Afrikaner selbst, bei denen keine standesamtlichen Register geführt werden, an deren Stelle das einfache Walten der natürlichen Entwicklung tritt. Dabei ist Afrika um vieles moralischer als das überkultivierte Europa. Es wäre nur zu wünschen, daß die gesunden Bestrebungen der naturrechtlichen Richtung wenigstens in Afrika eine Zuflucht fänden. Man halte den Negern nicht unser fertiges Recht auf, wie uns seinerzeit das fertige römische Recht nebst Glosse aufgehängt wurde, was uns die Bauernkriege eintrug.

Presse und Leben.

Auf die Zeitung, die man liest, dann aber auch auf die Presse im allgemeinen zu schelten, ist den Menschen ein lieber Brauch geworden. Wenn Sündenböcke gesucht werden, die man für alle Unerfreulichkeiten des Daseins verantwortlich machen kann: schleunigst zerrt man die Presse herzu. Die alte Geschichte! Institutionen, die doch der Menschen Werk sind, werden vergötzlicht; ihres irdischen Ursprungs vergißt man, denn so überaus [illegible] sind [illegible] [illegible]